

Digitalisierung @ zivilgesellschaftliche Gegenmächte

Erwartungen und Empirie in der Organisation von Gesellschaftskorrektur

Marc Mölders und Jan-Felix Schrape

Beitrag zum Plenum 7 »Digital Lives«

Einleitung

Der vorliegende Beitrag interessiert sich dafür, welche Unterschiede Digitalisierung für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Gegenmächte bzw. gesellschaftlicher Korrektive macht.¹ Wenn von zivilgesellschaftlichen Gegenmächten die Rede ist, greifen wir damit eine Entwicklung der (rechts)soziologischen Steuerungstheorie auf. Dem differenzierungstheoretischen Postulat treu bleibend, dass in fremde Verstehenskontexte nicht unmittelbar eingegriffen werden kann, wird hier nach Irritationspotentialen gefragt. Wie also vermögen bornierte Sozialsysteme so gestört – eben: irritiert – zu werden, dass ein Ignorieren bzw. ein Weiter-so erschwert wird? Globalisierung und Digitalisierung, dies ist ein insbesondere aus Sicht der Rechtssoziologie bemerkenswerter Schluss, ließen als Korrekturinstanzen eher an zivilgesellschaftliche Gegenmächte denn an das Recht denken (Teubner 2010; 2011). Das zur Anregung der Folgenbearbeitung funktionaler Differenzierung – von Armut über Klimawandel bis zu Zivilisationskrankheiten – notwendige Druckpotential sei unter Bedingungen der Digitalisierung und Globalisierung sehr viel stärker von „Medien, öffentliche[r] Diskussion, spontane[m] Protest, Intellektuelle[n], Protestbewegungen, NGOs, Gewerkschaften“ zu erwarten als von Instrumenten der Staatenwelt (Teubner 2011, S.61). Publizität wird zum wesentlichen Korrekturmedium.

Unsere These lautet, dass Digitales durchaus bezeichnenswerte Unterschiede für die Korrektur der Gegenwartsgesellschaft macht, diesbezüglich aber Probleme auftauchen bzw. bleiben, die nicht technisch überbrückbar sind. Ein genauerer Blick auf die hilfreichsten Technologien zeigt zudem, dass diese bei weitem nicht so schillernd sind, wie sie sowohl Apologet/-innen als auch Kritiker/-innen der „digitalen Gesellschaft“ zeichnen. Deren konträre Positionen werden im folgenden Abschnitt vorgestellt. Wir behalten eine differenzierungstheoretische Perspektive bei. Dennoch werden die anschließend erörterten Fallbeispiele zur Arbeit zivilgesellschaftlicher Gegenmächte auch dieser einige Anpassungsvorschläge nahelegen.

¹ Für eine ausführlichere Argumentation siehe Mölders, Schrape (2017).

Wir schließen den Beitrag mit dem Plädoyer für eine evolutionstheoretische Sicht auf soziale Wirklichkeitskonstruktion. Mit dem Hinweis auf Evolution soll gerade nicht gesagt sein, dass das Anregen zur Bearbeitung der Folgen funktionaler Differenzierung – der Korrektur der Gesellschaft – ganz und gar zufällig prozessiert, wohl aber, dass der Weg vom Anregen bis zur Korrektur einen historischen Blick verlangt, der durch einen Einbezug der evolutionären Mechanismen der Variation, Selektion und (Re-)Stabilisierung geschärft werden kann.

Digitalisierung und die Beschleunigung der Korrektur(bedürftigkeit)

Folgeprobleme funktionaler Differenzierung kennen weder räumliche Grenzen noch Grenzen funktionaler Zuständigkeit; die Grenzen des Rechts aber fielen nach wie vor zumeist mit denen der Staatenwelt zusammen. Unternehmen, NGOs und weitere Formen medialer Öffentlichkeit aber operierten auf globaler Ebene und in ihrer Suche nach Neuem, das einen Unterschied macht (*Information*), in einem beständig rascheren Takt (Teubner 2011). Mit solchen Annahmen finden sich rechtssoziologische Korrekturkonzepte in ungewohnter Nachbarschaft wieder: Viele sozialwissenschaftliche Arbeiten der letzten zehn Jahre stellten eine durch die soziale Aneignung der Onlinetechniken angetriebene Korrektur der Gesellschaft in Aussicht: Die Effektivierung der Kommunikation durch Plattformen wie Facebook oder Twitter sollte (1) in einem *empowerment* individueller Bürger/-innen münden, die ihre Stellungnahmen nun selbsttätig und ohne Rückgriff auf klassische Massenmedien übergreifend verbreiten können (Benkler 2006). Onlinetechnologien wurden als (2) „organizing agents“ beschrieben, welche die Formierung kollektiver Protestnetzwerke durch eine neue „logic of connective action“ beförderten, in der sich individuelle Unzufriedenheiten ohne weitergehende Organisationsleistungen zu sozialen Bewegungen verdichten könnten (Bennett, Segerberg 2013). Mit der Erleichterung selbstorganisierter Many-to-Many-Kommunikation sollte (3) ein Relevanzverlust intermediärer Organisationen und funktionaler Gesellschaftszusammenhänge einhergehen (Baldwin, von Hippel 2011).

Wie schon im Falle der Visionen um das frühe Internet wurde zwar auch hinsichtlich dieser Erwartungen um das Social Web rasch empirisch offenbar, dass die schiere technische Möglichkeit noch keine grundsätzlichen sozialen Rollenverschiebungen einleitet bzw. die entscheidenden Dynamiken des Informationszeitalters weniger durch die Nutzer/-innen als durch wenige dominierende Technologiekonzerne geprägt werden. Nichtsdestoweniger finden sich im sozialwissenschaftlichen Diskurs nach wie vor eine Vielzahl technikutopischer Prophetien, die sich durch die gemeinsame Grundannahme einer *technikinduzierten Auflösung gesellschaftlicher Differenzierungen* auszeichnen: In der Nachrichtenverteilung sollen die Onlinetechniken durchlässigere Öffentlichkeitsstrukturen befördern (Castells 2013, S.125f.); in der Wirtschaftswelt sollen Individuen als *prosumer* die Grenzen von Produktions- und Konsumsphäre unterlaufen; mit dieser Informalisierung der Leistungserbringung sollen für Funktionssysteme wie Wirtschaft, Politik, oder Recht Optionssteigerungen, aber auch ein erhöhter Integrationsdruck einhergehen (Keyling 2017).

Ebendiese Annahme, dass gegenwärtige medienvermittelte Publizität schon ob ihres *modus operandi* Aufmerksamkeitsvorsprünge realisiere, lässt sich auch in den Argumentationszusammenhang der seit einigen Jahren populären *Beschleunigungsthese* (Rosa 2005) stellen. Hier allerdings verkehren sich die Vorzeichen: Mit der Digitalisierung steige die Korrekturbedürftigkeit der Gesellschaft und der funktional zuständigen Korrekturinstanz – der Politik – würden zugleich adäquate Antworten auf diese Herausforderungen erschwert. In die heutigen „Funktionsweisen der Wissenschaft, der Massenmedien, des Rechts und der Politik“ sei, so Hartmut Rosa (2016, S.78f.), eine universale Steigerungsorientie-

rung „als struktureller Zwang“ eingeschrieben. Mit dieser Steigerungslogik entstünde das Gefühl, die soziopolitische Welt könne sich stets auf Sachzwänge berufen, wodurch sich der Einzelne unverbunden mit dieser Sphäre fühle und Anfragen verstummen. Das Konstatieren des „Universal Trends Steigerung“ mündet im *Primat der Politik als zentrale Korrekturinstanz*. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe werde „unter dem Druck von Börsentickern, multinationalen Konzernen, Onlineredaktionen oder in ‚Echtzeit‘ kommunizierenden sozialen Netzwerken“ (Laux, Rosa 2015, S.53) jedoch weiter erschwert. Auch zunächst positiv gefasste „social media rebellions“ tragen aus Rosas Sicht eher zur fortschreitenden Entfremdung und Korrekturbedürftigkeit der Gesellschaft bei.

Auf der einen Seite sorgen somit die Onlinetechnologien aus Sicht der Apologet/-innen der „digitalen Gesellschaft“ insofern für eine Effektivierung informeller Many-to-Many-Kommunikation, womit auch eine akzelerierte Korrektur gesellschaftlicher Strukturen einhergehen soll. Auf der anderen Seite betont die Beschleunigungsthese, dass sich durch die weltweite Vernetzung der Kommunikation nicht nur das Bewusstsein in der Gesellschaft für die Globalisierung ihrer Funktionszusammenhänge erhöhe, sondern damit ebenso eine Steigerung ihrer Korrekturbedürftigkeit einhergehe, der eine ubiquitären Beschleunigungszumutungen unterliegende Politik immer schwerer beikommen kann. Die klassische Differenzierungstheorie hingegen geht davon aus, dass eine fortschreitende Technisierung in der Frage der Irritation funktionaler Sinnsysteme keinen signifikanten Unterschied mache: Das Alarmieren mag heute technikvermittelt ungekannt rasch und einfach vonstattengehen; die Korrekturanmahnen könnten aber ohnehin keinesfalls Einfluss darauf nehmen, wie ihre Anfragen verarbeitet werden (Luhmann 1997, S.405). Die im Folgenden skizzierten Fallbeispiele lassen indes erkennen, dass alle drei theoretischen Positionen den empirischen Entwicklungen nicht vollständig gerecht werden.

Fallbeispiele neuerer zivilgesellschaftlicher Gegenmächte

Soziale Bewegungen

Der Verdacht, dass die Onlinetechnologien gesellschaftliche Kommunikationsstrukturen radikal verändern, wurde in der Soziologie bereits in den 1990er-Jahren geäußert und im Diskurs um das Web 2.0 ab 2005 umfänglich aktualisiert (z.B. Bennett, Segerberg 2013). Vorderhand eindrucksvolle Belege für die gesellschaftspolitische Durchschlagskraft des Internets lieferten der „Arabische Frühling“ (2010/2011), Occupy Wallstreet (2011) und die europäischen Proteste gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (2012) sowie das Freihandelsabkommen TTIP (2014/2015). Bereits mit Blick auf diese vielreflektierten Beispiele zeigt sich allerdings, dass der Eindruck einer technikinduzierten Überbrückung vormals essentieller Organisationsleistungen primär das Ergebnis dekontextualisierender Betrachtungsweisen ist.

Die *Proteste im arabischen Raum zum Jahreswechsel 2010/2011* wurden von Journalist/-innen rasch als Facebook- oder Twitter-Revolutionen bezeichnet. Diese Sichtweise markierten Politikforscher/-innen jedoch zum ersten zeitnah als Fehlschluss westlicher Beobachter (Dolata, Schrape 2018): Zwar spielten bewusst auch englischsprachig publizierende Blogger-Netzwerke in Ägypten und Tunesien mit ihrer Thematisierung staatlich tabuisierter Inhalte für die Genese inländischer Regimekritik wie auch für das Interesse internationaler Medien an den späteren Unruhen eine zentrale Rolle; als Initialzündung für die Straßenproteste lässt sich aber vor allem die Berichterstattung der privaten TV-Sender Al-Jazeera und Al-Arabiya verstehen, die Bildmaterial aus Social-Media-Kanälen ubiquitär verbreiteten. Zum zweiten standen die Massenproteste im Arabischen Frühling nur am Beginn einer Umsturzbewegung, die mit der Ausdefinition neuer Ordnungsstrukturen vor ihrer größten Herausforderung stand

und nicht mehr durch Aktivist/-innen getragen wurde, sondern durch gut organisierte soziale Einheiten wie die Muslimbruderschaft.

Occupy Wallstreet lässt sich demgegenüber als eine sehr viel gezielter aufgebaute soziale Bewegung beschreiben, deren Mobilisierungsweisen hernach als Protest-Franchise global exportiert wurden. Federführend in der Initiierung, Koordination und medialen Verwertung der Massenproteste an der New Yorker Börse 2011 war die Adbusters Media Foundation, die bereits seit 1989 als konsumkritische Non-Profit-Organisation auftritt. „Occupy Wall Street, in short, was not a spontaneous eruption but rather an action carefully planned by committed activists [...]“ (Milkman et al. 2013, S.6). Dabei wurde Occupy bewusst als internetgetriebenes Bottom-Up-Phänomen inszeniert, das an die Arab Spring-Narrative anschloss. Nutzerzentrierte Social-Media-Kommunikation besaß in der Mobilisierung der Bewegung zwar hervorgehobene Bedeutung; politische Relevanz und hohe Teilnahmezahlen erlangten die Proteste indes erst, nachdem bekannte journalistische Angebote in die Berichterstattung eingestiegen waren. Nach der ersten Welle öffentlicher Aufmerksamkeit zeigte sich zudem, dass es zwar gut funktionierte, eine Vielzahl an Aktivist/-innen unter einem allgemeinen Slogan („We are the 99 percent“) zu versammeln, es aber ohne spezifischere Programmatik bald nicht mehr möglich war, die Bewegung als Einheit im gesellschaftlichen Bewusstsein zu halten (Kavada 2015).

Die 2012 initiierten, politisch wirksamen *Proteste gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement* (ACTA) im europäischen Raum hingegen wurden durch eine breite Koalition aus linken Parteien, NGOs sowie Vereinen koordiniert, die bereits Erfahrung in der Gestaltung von Korrekturanfragen hatten und über ein stabiles Repertoire an eingeführten öffentlichen Protagonist/-innen verfügten (Losey 2014). Während die ersten europaweiten Anti-ACTA-Proteste 2010 von den damals noch weitgehend politisch peripheren Piratenparteien vorrangig über Onlinekanäle organisiert wurden, standen hinter den späteren Massendemonstrationen primär etablierte Organisationen, welche die Klaviatur bewährter Protest-PR beherrschten und nicht nur routiniert die Selektionskriterien der Massenmedien in ihrer Kommunikation bedienten, sondern auch mit den Mechanismen europapolitischer Lobbyarbeit vertraut waren (Rucht 2014). Auch die 2014 bis 2016 stattfindenden *Demonstrationen gegen die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA* wurden primär durch gefestigte gesellschaftspolitische Kräfte getragen, die eine federführende Rolle in der Koordination der Straßenproteste sowie in der Außenkommunikation übernommen hatten.

Zum einen wird anhand der skizzierten Protestdynamiken insofern offenbar, dass die Einheit sozialer Bewegungen nach wie vor durch aufwändiges Identitätsmanagement realisiert wird: Die Aktivitäten der Teilhabenden werden mittels Symbolen und Leitsätzen unter einer gemeinsamen „Flagge“ subsumiert und so als koordiniertes gemeinsames Handeln abgebildet. Zum anderen zeigt sich, dass die gesellschaftspolitische Schlagkraft kollektiven Protests über den konkreten Moment hinaus wesentlich durch die Ausbildung eigener Organisationsstrukturen und durch die Konstitution erwartungssicherer Beziehungen mit politischen Partner/-innen bestimmt wird.

Online-Petitionsplattformen

Die kollektive Provokation von Selbstreflexion in den adressierten Funktionskontexten ist ebenso das Kernanliegen von onlinebasierten Petitionsplattformen wie Avaaz, Campact oder GetUp! bzw. den dahinterstehenden NGOs. Zu ihrem Irritationspotential liegen kaum gesicherte Aussagen vor; die tentativen Einschätzungen dazu reichen von der Diagnose, dass damit einem Faulpelz-Aktivismus Vor-schub geleistet würde (*clicktivism* oder *slacktivism*), bis hin zu der Anerkennung, dass es diesen personell vergleichsweise schlank organisierten Plattformen regelmäßig gelänge, günstige Gelegenheiten öffentlichkeitswirksam zu nutzen. Technische Strukturen ermöglichen Petitionsplattformen ein vorbe-

reitertes Warten: Man wartet auf Themen-Konjunkturen bzw. richtet die eigene Taktung an externen Prozessen aus und zugleich lassen große Server, nutzerfreundliche Datenbanken und standardisierte Beteiligungsschnittstellen rasches Prozessieren zu, sobald ein Möglichkeitsfenster erkannt wird. Ob sich ein Thema für eine Kampagne eignet, wird etwa bei Campact nach fünf Kriterien entschieden: Mit (1) *Skandalisierbarkeit* wird der Hinweis verbunden, dass ein Thema nicht zu komplex und verständlich erklärbar sein sollte. Es muss (2) um *konkrete politische Entscheidungen* gehen, zu denen es (3) möglichst kompetente *Kooperationspartner* geben muss. Mit (4) *Anschlussfähigkeit* ist gemeint, dass die Kampagne von mindestens 40 Prozent der Bevölkerung unterstützt wird. Dass es eine realistische Chance geben soll, die Forderungen zumindest teilweise durchzusetzen, wird schließlich mit (5) *Gewinnbarkeit* bezeichnet (Felixberger, Schultheiß 2016). Kurzum: Nur als realisierbar angenommene Korrektur wird angegangen, Realisierbarkeit erscheint dabei selbst als organisational lösbare Aufgabe.

Hierfür ist die Position von Campact in der *Stop-TTIP- und Stop-CETA-Kampagne* (2014–2016) besonders instruktiv. Wie schon die Anti-ACTA-Demonstrationen wurden die Massenproteste gegen TTIP und CETA durch eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen getragen; der initiale Nukleus für das hohe Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit für die Bewegung und die dahinterliegenden Korrekturanfragen ergab sich allerdings als Nebenprodukt der vorgelagerten „Sozialforschung“ der Petitionsplattform: Auch in diesem Fall testete Campact die Anschlussfähigkeit der potentiellen Kampagne und schrieb dafür 5.000 bis 10.000 zufällig ausgewählte Newsletter-Empfänger/-innen an. Angesichts der Komplexität des Themas Freihandel schien eine Skandalisierbarkeit zunächst unwahrscheinlich; doch einen so hohen wie eindeutigen Rücklauf wie zu TTIP gab es nie zuvor. Dadurch standen von Beginn an eindrucksvolle Zahlen auch für die massenmediale Berichterstattung zur Verfügung, wodurch das Kampagnenbündnis zeitnah zu einer relevanten Interessenpartei in den Aushandlungen avancieren konnte.

In ihrer Frühzeit wurde Online-Petitionsplattformen indes ein geringes Irritationspotential zuge-
traut, da ihre Eingaben leicht zu ignorieren seien und das in das Format eingeschriebene Kampagnen-
Dauerfeuer die Wirkkraft von Petitionen untergrabe. Inzwischen lässt sich allerdings feststellen, dass
die hinter diesen Plattformen stehenden NGOs auf diese Probleme mit einer *Intensivierung organisier-
ter Formfindung* reagiert haben, welche sich etwa in einer Ausweitung ihrer Betätigungsfelder wie zum
Beispiel in der Initiierung von Straßendemonstrationen manifestiert (Hall 2016). Und schließlich zeigt
sich am Beispiel von Campact auch, dass es zu kurz gegriffen wäre, das Irritationspotential zivilgesell-
schaftlicher Kräfte einzig in der Beeinflussung öffentlicher Meinung zu verorten. Bei den Kampagnen
von Campact, so der Geschäftsführer Christoph Bautz (2008, S.109), gehe es um Korrekturanfragen,
die nach umfassender politischer Bearbeitung in Gesetzentwürfe einfließen sollen. Allerdings wird hier
gerade nicht mit der unmittelbaren Erreichbarkeit des Rechts gerechnet, sondern mit aufwändigen
Übersetzungsprozessen.

Transnationaler Investigativ-Journalismus

Auch hinter den 2016 als *Panama Papers* bekannt gewordenen Enthüllungen rund um die Geschäfts-
modelle der panamaischen Kanzlei Mossack Fonseca steht viel Organisationsarbeit, die vom Internati-
onal Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) koordiniert wurde. Die Aufarbeitung der Panama
Papers – und für die jüngeren Paradise Papers gilt strukturell einstweilen nichts anderes – betont zu-
meist drei Aspekte: Internationalität, Koordination und Umfang. Fast 400 Journalist/-innen aus 76 Län-
dern durchforsteten 11,5 Millionen Dokumente bzw. ein Datenvolumen von 2,6 Terabyte. An dieser
Projektgröße sowie an der konzertierten Publikation der ersten Rechercheergebnisse am 3. April 2016
um 20 Uhr mitteleuropäischer Zeit in 76 Ländern wird gemeinhin die hervorgehobene Organisations-

leistung des ICJ festgemacht. All das ist allerdings, ebenso wie parallel stattfindende Demonstrationen, zwar organisierte Gleichzeitigkeit, aber noch keine *organisierte Synchronisation*. Hierzu muss der Versuch hinzutreten, „günstige Formen zu finden“, die auf „Chancen, Risiken und Gefahren im Bereich des derzeit Inaktuellen“ hinweisen (Luhmann 1990, S.109f.). Synchronisation fragt: (Wie) Schafft man es, dass sich andere mit Themen beschäftigen, mit denen sie sich – zumindest gegenwärtig – nicht beschäftigt hätten? Das damit verbundene Irritationspotential speist sich gerade nicht aus situativ aufmerksamkeitsbindenden Ereignissen, sondern aus der Organisation von Persistenz. Hierfür macht auf der einen Seite die nie gekannte Vielzahl an medialen Kanälen auf den ersten Blick bereits einen erheblichen Unterschied. Auf der anderen Seite geht es in der Herstellung von Synchronisationspotentialen aber nicht nur darum, auf möglichst vielen Kanälen Gleiches verschiedenartig formatiert zu verbreiten, sondern jeweils differente Aspekte zu vermitteln und dieses Neue als Neues (also: Information) im gleichen Rahmen zu präsentieren. Für die Panama Papers reicht diese Variabilität von klassischen Büchern und Zeitungen über Social Media bis zum Online-Spiel „Stairway to Tax Heaven“.

Technisch wird dies mit vergleichsweise schlanker Technologie organisiert: Um irritationsfähige Daten zu finden, musste das ICJ zunächst 11,5 Millionen Dokumente mit Worterkennungssystemen aufbereiten (z.B. um Offshore-Fälle mit „Staatschefnähe“ herauszufiltern) – was in vordigitalen Zeiten so unmöglich gewesen wäre. Ferner werden Massenspeicher benötigt und Datenbanken angelegt. Dies kennzeichnet erst durch Digitalisierung ermöglichte Korrekturtechniken. Gleichwohl dürften Worterkennungs- oder Datenbanksysteme eher weit von den Standardbeispielen „gesteigerter Potentiale der digitalen Gesellschaft“ entfernt sein. Gerade Datenbanken spielen im transnationalen Investigativ-Journalismus eine herausragende Rolle. Die Geschichten, so die Annahme, sind alle schon da, sie müssen nur in der Datenbank gefunden werden; die Korrekturbedürftigkeit der Gesellschaft muss in Exceltabellen übersetzt werden.

Doch mit dieser technischen Effektivierung werden bekannte nicht-technische Probleme keineswegs aus der Welt geschafft: Die Aufmerksamkeitskapazitäten in der gesellschaftlichen Gegenwartsbeschreibung und damit die Skandalisierbarkeit finanzieller Übervorteilung herrschender Eliten bleibt überschaubar. Vor diesem Hintergrund entwickelte das ICJ im Vorfeld der Veröffentlichung in einem aufwändigen Prozess einheitliche Präsentationsstrukturen, um per se heterogene Fälle erkennbar dem Label „Panama Papers“ zurechnen zu können – angefangen bei diesem Titel selbst über den zugehörigen Twitter-Hashtag bis hin zu einer eigenen Illustrationssprache. Eine solche Wiedererkennbarkeit wird wiederum erst in der *Organisation von Persistenz* relevant.

In ebendiesem Sinne braucht es die Datenbanken zu extrahierenden, immer neuen Erkenntnisse. Digitales hilft dabei, „Tageszeitungsreflexen“ zu widerstehen (Obermayer, Obermaier 2016, S.40), den eigenen Takt an den erwarteten Rhythmus anderer Sinnsysteme anzupassen. Die Aktivitäten des ICJ weisen darauf hin, dass „die Medien“ Funktionskontexte wie die Politik und das Recht nicht beschleunigen, sondern allenfalls die Wahrscheinlichkeit dafür steigern können, dass sich diese auf das gesetzte Thema zubewegen. Vielmehr sorgten die an den Panama Papers beteiligten journalistischen Organisationen durch die Abstimmung ihrer Publikationsstrategien für eine *Entschleunigung in der Berichterstattung*, um außermediale Resonanz anzuregen. Taktgeber war vor allem das Rechtssystem: Abstrakt lässt sich dies an der dem Recht zugemessenen Ordnungskraft festmachen; konkret wurden durch das ICJ das Problem der Briefkastenfirmen und dessen Lösung im Recht lokalisiert: „Die gelebte Verantwortungslosigkeit in den Offshore-Zentren dieser Welt beruht auf Gesetzen, die man ändern kann“ (ebd., S.311).

Der Fall der Paradise bzw. Panama Papers zeigt ferner, dass Empörung (hier: über geizige Eliten) sich gerade nicht von selbst einstellt, sondern mühsam organisiert werden muss und nicht technisiert werden kann, zumindest wenn aus der Empörung etwas folgen soll. Obwohl das ICJ als globale Vierte

Gewalt gefeiert worden ist, rechnet seine Publikationsstrategie sowohl mit der Eigenzeit als auch der segmentären Differenzierung des Rechts. Für die Publikationsagenda der an den Panama Papers Beteiligten folgt daraus, nationale Rechtskorrekturen kritisch zu beobachten und hieraus weitere Anlässe für die Berichterstattung zu generieren. Datenbanken gelten im gegenwärtigen transnationalen Datenjournalismus nicht nur als Geschichtengeneratoren, sondern auch als Vehikel zur Überwindung, zumindest zur Bearbeitung des „confirmation bias“ (Flynn et al. 2017). Dieses Konzept soll erklären, wie es sein kann, dass Fakten schiefe Weltbilder nicht korrigieren, sondern geradezu umgekehrt Fakten solchen Schemata angepasst werden. Hieraus ist im Datenjournalismus der weitreichende Schluss gezogen worden, nicht auf die Faktizität von Daten zu vertrauen. Visualisierung gilt als besonders geeignet, um über das Anstimmen emotionaler Register Empörung generierendes Interesse (an den Folgen funktionaler Differenzierung) zu wecken – nicht zuletzt, weil damit die Annahme verbunden wird, globale Probleme in lokale Maßnahmen überführen zu können. Das Visuelle soll einerseits Revisionsbarrieren überwinden, andererseits ist damit die Hoffnung verbunden, ebenso Sprach- und Raumgrenzen hinter sich lassen zu können.

Ein Musterbeispiel hierfür bietet das *Correctiv*-Projekt „*Searise*“, in dem 700.000 Pegeldaten seit Mitte des 19. Jahrhunderts verarbeitet wurden.² In der Laudatio anlässlich der Verleihung des Deutsch-Französischen Journalistenpreises heißt es: „Das Projekt ‚Searise‘ (‚Steigende Meere‘) macht das globale Problem des Klimawandels auf lokaler und regionaler Ebene erfahrbar. Durch seine anschauliche Präsentationsform lädt ‚Searise‘ die Nutzer dazu ein, sprichwörtlich tiefer in das Thema einzutauchen.“ Dieses Projekt lässt sich durchaus als Versuch lesen, mit einem (jeweils nur leicht angepassten) Format möglichst weltweite Anschlüsse zu evozieren.

Diesen Part unseres Beitrags resümierend: In der Sachdimension ist an den gegenwärtigen Praxen die Umstellung von datenbasierten Reportagen auf Visualisierung auffällig. Die initial an den Datenjournalismus gerichteten Erwartungen entsprachen dabei dem allgemeinen Digitalisierungsoptimismus: Eine Hoffnung lag in quantitativer Faktizität; derweil müssen raumübergreifend für anschlussfähig gehaltene Visualisierungen Aufmerksamkeit binden, bevor über Überzeugung nachgedacht werden kann. Mit Blick auf die Sozialdimension sollte ein neuer Bürgerjournalismus klassische Rollenverteilungen aufbrechen; empirisch zeigt sich, wie mühevoll jedes Mitmachen organisiert werden will, wie das Beispiel des „Crowdnewsroom Sparkasse“ von *Correctiv* zeigt.³ Hier wurden zunächst Jahresberichte mit – einmal mehr – Worterkennungsoftware lesbar gemacht. Die von der Crowd beizutragenden Aufgaben wurden so kleingearbeitet, dass sie als erfüllbar gelten konnten und dabei auf ein Ergebnis hinarbeiteten, das bereits vorab als erreichbar angenommen werden konnte: Mehr Transparenz ist möglich. Wer von einer transnationalen, räumlich entgrenzten Vierten Gewalt ausging, erkennt, dass lokale Grenzziehungen praktisch maßgeblich sind. In der Zeitdimension geht es darum, Ausdauer zu organisieren. Digitales wird hierzu in mindestens zwei Hinsichten eingesetzt: Erstens, um sich zu entschleunigen, um ein Mittel zu haben, der Tendenz zu widerstehen, alles auf einmal zu publizieren und zweitens, um – Synchronisation – anderen die Aktualität eines Themas zuzumuten, für die dies weniger dringlich erschien. Digitaltechnologie nimmt hierzu, wie gezeigt, eine wichtige Rolle ein, sie ist nur (a) weniger spektakulär als vielerorts erwartet und löst (b) keineswegs originär nicht-technische Probleme in der Korrektur der Gesellschaft.

² <https://searise.correctiv.org/>

³ <https://correctiv.org/recherchen/sparkassen/>

Bilanz

Die skizzierten Fallbeispiele weisen darauf hin, dass die intensive mediale Vernetzung per se nicht zwingend zu erhöhten Irritationspotentialen gegenüber autonomen Funktionskontexten führt, sondern das *Finden anschlussfähiger Formen* ein organisational anspruchsvoller Prozess bleibt, der nicht technisch überbrückt werden kann:

- Die Formations- und Verfallsdynamiken onlineaffiner Protestbewegungen führen vor Augen, dass sich die Abstimmungsnotwendigkeiten in der Konstruktion einer kollektiven Identität wie auch der Formfindungsaufwand in der Anfertigung irritationsfähiger Korrekturanfragen keineswegs verringert haben.
- Langfristig aktive zivilgesellschaftliche Stellen wie die thematisierten NGOs im Investigativ-Journalismus bzw. Petitionswesen setzen in ihrer Ansprache von Politik, Recht und Massenmedien gezielt auf eine Entschleunigung ihrer Veröffentlichungsaktivitäten, um die Anschlussgünstigkeit zu erhöhen.
- Mit der stetig intensiveren sozialen Aneignung der Onlinetechnologien hat sich zwar die Bandbreite an parallel zirkulierenden Inhalten in der gesellschaftlichen Kommunikation beträchtlich erhöht, aber mit dieser Vielfalt geht gleichzeitig eine gesteigerte Notwendigkeit zu planvollen Publikationsstrategien einher.

Dieser keineswegs reduzierte – wenn nicht erhöhte – Anforderungsdruck in der Irritationsgestaltung für zivilgesellschaftliche Instanzen wird erklärbar, sobald eine evolutionstheoretisch informierte Sicht auf die Dynamiken sozialer Wirklichkeitskonstruktion in Anschlag gebracht wird (Schrape 2015): Zwar erhöht sich mit der erneuten Effektivierung der Kommunikation bzw. Verringerung der Transaktionskosten im Social Web sowohl die horizontale Mobilität als auch die Sichtbarkeit von *Variationen* in der gesellschaftlichen Sinnbildung (wie zum Beispiel Korrekturanfragen) auf geringer ausdifferenzierten Ebenen der Kommunikation; damit geht allerdings nicht zwangsläufig eine erhöhte vertikale Mobilität bzw. eine erhöhte Wahrscheinlichkeit für die *Selektion* dieser Variationen durch stabilisierte Funktionssysteme wie Wirtschaft, Recht oder Politik einher (Abbildung 1). Im Gegenteil: Sobald die Zahl wie auch der Auftrittstakt an potentiell erkennbaren Sinnvariationen zunimmt und sich die kognitiven Kapazitäten der adressierten Funktionskontexte nicht im gleichen Maße erweitern, sinkt für jede einzelne Korrekturanfrage die Wahrscheinlichkeit, aus der Menge an Variationen herauszustechen und als Diskontinuität erkannt zu werden.

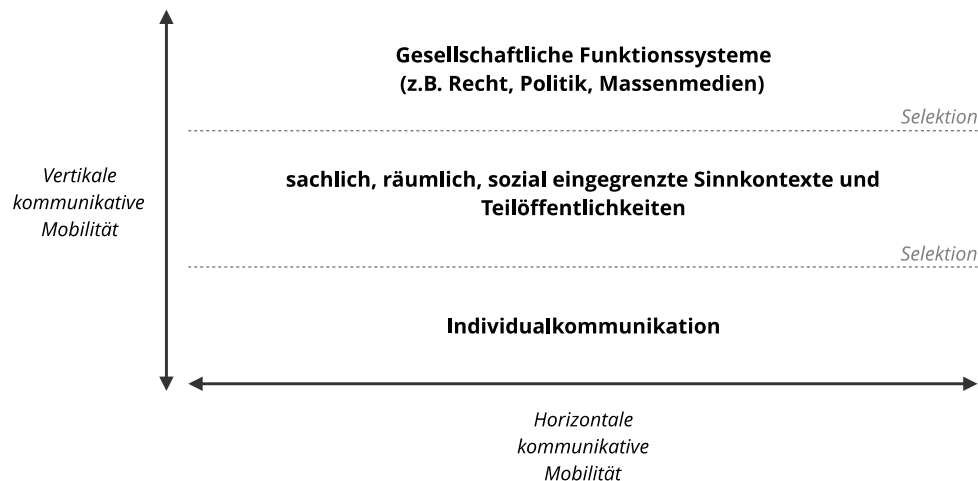


Abbildung 1: Horizontale und vertikale Mobilität in der sozialen Wirklichkeitskonstruktion

Dennoch erscheinen funktionale Kontexte aus dieser Perspektive nicht unbeeindruckbar: Zum einen reproduzieren sich die Sinnstrukturen sozialer Funktionssysteme durch ihre situative Anwendung und oszillieren insofern beständig um die jeweiligen Referenzpunkte; zum anderen ließe sich ihr Wandel ohne externe Impulse gar nicht erklären: „Obwohl es keine Möglichkeit des Durchgriffs auf Strukturentwicklungen von außen mehr gibt, spielt eine wesentliche Rolle, mit welchen Irritationen ein System sich immer und immer wieder beschäftigen muß – und welche Indifferenzen es sich leisten kann“ (Luhmann 1997, S.780). Das Irritationspotential zivilgesellschaftlicher Kräfte bleibt also auch aus evolutionstheoretischer Perspektive eine Frage der *Organisation von Persistenz*.

Die skizzierten Fallbeispiele zu sozialen Bewegungen, Investigativ-Journalismus und Online-Petitionsplattformen zeigen auf, dass es in der empirischen Wirksamkeit kollektiver Korrekturanfragen einen Unterschied macht, ob Unzufriedenheiten ohne weitere Abstimmung in algorithmisch vermittelten Gegenöffentlichkeiten im Social Web situativ sichtbar werden oder NGOs bzw. soziale Bewegungen kollektiv erarbeitete Kommunikationsstrategien umsetzen; dass es einen Unterschied macht, in welcher Intensität zivilgesellschaftliche Stellen durch eine planvolle Abstimmung ihrer Publikationsweisen sowie die Absicherung von Wiedererkennbarkeit nach einer kontinuierlichen Reflexion in der gesellschaftlichen Gegenwartsbeschreibung streben; und dass es einen Unterschied macht, ob in der Protestkommunikation eine abstrakte allgemeine Öffentlichkeit bedient oder ein spezifischerer gesellschaftlicher Funktionskontext adressiert wird und inwiefern dessen Eigenzeit und Strukturlogik in der Ansprache antizipiert wird.

In der Differenzierungstheorie ist diese Varietät von Irritationsversuchen wie auch das Umweghafte des Prozessierens von Korrekturanfragen eingehend dokumentiert. In diesem Sinne spricht Gunther Teubner (2010) von ultrazyklischen Übersetzungsprozessen und Joachim Renn (2006) von Übersetzungskaskaden: Korrekturanfragen, die „bottom up“ verlaufen (also von geringer ausdifferenzierten Kommunikationsebenen aus diffundieren), entfalten potentielle Effekte nicht im Modus direkten Strukturumbaus, sondern werden in allen Fällen evolutionär prozessiert. Sie unterliegen langfristiger kommunikativer Gärung und durchlaufen weitere Übersetzungsetappen, bevor sie im Erfolgsfall funktionssystemische Verarbeitung erfahren. Überdies führen die hier diskutierten Fallbeispiele die doppelte Reflexivität solcher Irritationsdynamiken vor Augen: Einerseits rechnen zivilgesellschaftliche Gegenmächte inzwischen ebenso mit derartigen Übersetzungskaskaden wie sie sich auf die differenten Zeithorizonte von Politik und Recht einstellen. Andererseits vollziehen sich ihre Organisationsleistungen nicht im luftleeren Raum, sondern werden von weiteren Stellen beobachtet und gegenbearbeitet –wenn etwa Graswurzelprotest durch Unternehmen imitiert oder das Vorgehen des ICIJ als eigennützige Salami-Taktik (Mölders 2019) kritisiert wird. Auch das verweist auf ein sich steigendes Komplexitätsniveau in der zivilgesellschaftlichen Irritationsgestaltung.

Literatur

- Baldwin, Carliss und Eric von Hippel. 2011. Modeling a Paradigm Shift. From Producer Innovation to User and Open Collaborative Innovation. *Organization Science* 22:1399–1417.
- Bautz, Christoph. 2008. Campact – Demokratie in Aktion. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 21:107–113.
- Benkler, Yochai. 2006. *The Wealth of Networks*. New Haven: Yale University Press.
- Bennett, W. Lance und Alexandra Segerberg. 2013. *The Logic of Connective Action. Digital Media and the Personalization of Contentious Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Castells, Manuel. 2009. *Communication Power*. Oxford: Oxford University Press.

- Dolata, Ulrich und Jan-Felix Schrape. 2018. *Kollektivität und Macht im Internet*. Wiesbaden: Springer VS.
- Felixberger, Peter und Evelin Schultheiß. 2016. Ein Gespräch mit Günter Metzges-Diez, Mitgründer des größten deutschen Kampagnen-Netzwerks. *Kursbuch* 74–92.
- Flynn, D. J., Brendan Nyhan und Jason Reifler. 2017. The Nature and Origins of Misperceptions. Understanding False and Unsupported Beliefs About Politics. *Political Psychology* 38:127–150.
- Hall, Nina. 2017. Innovations in Activism in the Digital Era. Campaigning for Refugee Rights in 2015–2016. In *The Governance Report 2017*, Hrsg. Hertie School of Governance, 143–156. Oxford: Oxford University Press.
- Kavada, Anastasia. 2015. Creating the collective. Social media, the Occupy Movement and its constitution as a collective actor. *Information, Communication & Society* 18:872–886.
- Keyling, Till. 2017. *Kollektives Gatekeeping. Die Herstellung von Publizität in Social Media*. Wiesbaden: Springer VS.
- Laux, Henning und Hartmut Rosa. 2015. Clockwork Politics – Fünf Dimensionen politischer Zeit. In *Zeit der Politik. Demokratisches Regieren in einer beschleunigten Welt*. Sonderband 30, Bd. 43, Hrsg. Holger Straßheim und Tom Ulbricht, 52–70. Baden-Baden: Nomos.
- Losey, James. 2014. The Anti-Counterfeiting Trade Agreement and European Civil Society: A Case Study on Networked Advocacy. *Journal of Information Policy* 4:205–227.
- Luhmann, Niklas. 1990. *Soziologische Aufklärung 5*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas. 1997. *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Milkman, Ruth, Stephanie Luce und Penny W. Lewis. 2013. *Changing the Subject: A Bottom-up Account of Occupy Wall Street in New York City*. New York: The Murphy Institute, City University of New York.
- Mölders, Marc. 2019. Lob der Salami-Taktik. Der Transparenz-Imperativ als Kritik des strategischen Enthüllungsjournalismus. In *Der Transparenz-Imperativ: Normen, Strukturen, Praktiken*, Hrsg. Fran Osrecki und Vincent August. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mölders, Marc, und Jan-Felix Schrape. 2017. Neue Irritationspotentiale in der „digitalen Gesellschaft“. Synchronisation zwischen Medien, Politik und Recht. *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 37:239–265.
- Obermayer, Bastian und Frederik Obermaier. 2016. *Panama Papers. Die Geschichte einer weltweiten Enthüllung*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Renn, Joachim. 2006. *Übersetzungsverhältnisse. Perspektiven einer pragmatistischen Gesellschaftstheorie*. Weilerswist: Velbrück.
- Rosa, Hartmut. 2005. *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut. 2016. *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Erste Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Rucht, Dieter. 2014. Die Bedeutung von Online-Mobilisierung für Offline-Proteste. In *Internet und Partizipation*, Hrsg. Kathrin Voss, 115–128. Wiesbaden: Springer VS.
- Schrape, Jan-Felix. 2015. Social Media, Massenmedien und Öffentlichkeit – eine soziologische Einordnung. In *Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium 2012*, Hrsg. Kurt Imhof, Roger Blum, Heinz Bonfadelli, Otfried Jarren und Vinzenz Wyss, 199–212. Wiesbaden: Springer VS.
- Teubner, Gunther. 2010. Selbst-Konstitutionalisierung transnationaler Unternehmen? Zur Verknüpfung ‚privater‘ und ‚staatlicher‘ Corporate Codes of Conduct. In *Unternehmen, Markt und Verantwortung*. Festschrift für Klaus J. Hopt, Hrsg. Stefan Grundmann, Brigitte Haar und Hanno Merkt, 1449–1470. Berlin: de Gruyter.
- Teubner, Gunther. 2011. Verfassungen ohne Staat? Zur Konstitutionalisierung transnationaler Regimes. In *Recht ohne Staat? Zur Normativität nichtstaatlicher Rechtsetzung*, Hrsg. Stefan Kadelbach und Klaus Günther, 49–100. Frankfurt am Main: Campus.